

Satzung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürger der Stadt Landsberg

Aufgrund der §§ 8, 35 und 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juni 2018 (GVBl. LSA S. 166) in der derzeit gültigen Fassung i.V.m. Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit in den Kommunen (Kommunal-Entschädigungsverordnung-KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA Nr. 13/2019 S. 116 ff. vom 07.06.2019) in der derzeit gültigen Fassung und § 14 Satz 4 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. März 2011 zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Februar 2017 (GVBl. LSA S. 33) in der derzeit gültigen Fassung hat der Stadtrat der Stadt Landsberg in seiner öffentlichen Sitzung am 28.11.2019 Beschluss Nr. 201/11/19 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Wer ehrenamtlich tätig ist, hat Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen und seines Verdienstaufschlags.
- (2) Ehrenamtlich Tätigen können angemessene Aufwandsentschädigungen gewährt werden.
- (3) Die Ansprüche auf diese Bezüge sind nicht übertragbar und es kann auf sie nicht verzichtet werden.

§ 2 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Stadtrates

- (1) Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Stadtrates werden als monatliche Pauschalbeträge und Sitzungsgelder gewährt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 beträgt unter Maßgabe der Einwohnerzahl als Pauschalbetrag 120,00 € und als Sitzungsgeld 16,00 € pro Sitzung und Tag.
- (3) Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das 2,5 fache des nach § 2 Abs. 2 zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht überschreiten.
- (4) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf die Zahlung einer pauschalisierten Aufwandsentschädigung für die über die 3 Monate hinausgehende Zeit. Entsteht oder entfällt der Anspruch während eines Kalendermonats, ist die pauschale Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel zu kürzen.

§ 3 Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Stadtrates, die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Fraktionsvorsitzenden

- (1) Der Vorsitzende des Stadtrates, die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe des nach § 2 Abs. 2 zulässigen Betrages.
- (2) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Stadtrates für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten, erhält der Stellvertreter für die über die drei Monate hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe des maßgeblichen Betrages des zu Vertretenden. Die Aufwandsentschädigungen dürfen, auch soweit die im Vertretungsfall nebeneinander gewährt werden, insgesamt die Höhe derjenigen des zu Vertretenden nicht übersteigen. Die Aufwandsentschädigung ist nachträglich zu zahlen. § 2 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Übt ein Mitglied innerhalb der Vertretung mehrere Funktionen (Stadtratsvorsitzender, Vorsitzende der Ausschüsse und Fraktionsvorsitzende) aus, wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung nur einmal für die Funktion mit dem höchsten Entschädigungssatz gewährt.

§ 4 Aufwandsentschädigung für sachkundige Einwohner

- (1) Sachkundigen Einwohnern, die zu Mitgliedern beratender Ausschüsse bestellt wurden, wird eine Aufwandsentschädigung in Form von Sitzungsgeld gewährt.
- (2) Das Sitzungsgeld beträgt 16,00 € je Sitzung und Tag.

§ 5 Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortschaftsräte

- (1) Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortschaftsräte wird als monatlicher Pauschalbetrag und Sitzungsgeld gewährt.
- (2) Die Aufwandsentschädigungen nach Abs. 1 betragen unter Maßgabe der Einwohnerzahl für:

Ortschaftsrat Braschwitz	23,00 €
Ortschaftsrat Hohenthurm	30,00 €
Ortschaftsrat Landsberg	52,00 €
Ortschaftsrat Niemberg	23,00 €
Ortschaftsrat Oppin	23,00 €
Ortschaftsrat Peißen	16,00 €
Ortschaftsrat Queis	23,00 €
Ortschaftsrat Reußen	16,00 €
Ortschaftsrat Schwerz	9,00 €
Ortschaftsrat Sietzsch	16,00 €
Ortschaftsrat Spickendorf	16,00 €

- (3) zuzüglich jeweils 14,00 € Sitzungsgeld je Sitzung und Tag.
- (3) Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das Doppelte des nach § 5 Abs. 2 zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht übersteigen.
- (4) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf die Zahlung einer pauschalisierten Aufwandsentschädigung. § 2 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 6 Aufwandsentschädigung für Ortsbürgermeister

- (1) Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsbürgermeister wird als monatlicher Pauschalbetrag gewährt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 beträgt für die Ortsbürgermeister:

Braschwitz	370,00 €
Hohenthurm	370,00 €
Landsberg	470,00 €
Niemberg	370,00 €
Oppin	370,00 €
Peißen	275,00 €
Queis	370,00 €
Reußen	275,00 €
Schwerz	190,00 €
Sietzsch	275,00 €
Spickendorf	275,00 €

- (3) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als einen Monat ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für die über einen Monat hinausgehende Zeit.
- (4) Im Falle der Verhinderung des Ortsbürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat, erhält der Stellvertreter für die über die einen Monat hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe des maßgeblichen Betrages des zu Vertretenden. Die Aufwandsentschädigungen dürfen, auch soweit die im Vertretungsfall nebeneinander gewährt werden, insgesamt die Höhe derjenigen des zu Vertretenden nicht übersteigen. Die Aufwandsentschädigung ist nachträglich zu zahlen. § 2 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (5) Neben der Aufwandsentschädigung wird für die Ortsbürgermeister kein Sitzungsgeld im Ortschaftsrat gezahlt.

§ 7 Aufwandsentschädigung Wasserwehr

- (1) Die Leiter der Wasserwehr und sein Stellvertreter, erhalten für ihre Arbeit folgende monatliche pauschale Aufwandsentschädigung:

Wasserwehrleiter	120,00 €
stellv. Wasserwehrleiter	60,00 €

- (2) Im Falle der Verhinderung des Wasserwehrleiters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat, erhält der Stellvertreter für die über die einen Monat hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe des maßgeblichen Betrages des zu Vertretenden. Die Aufwandsentschädigungen dürfen, auch soweit sie im Vertretungsfall nebeneinander gewährt werden, insgesamt die Höhe derjenigen des Vertretenen nicht übersteigen. § 2 Abs. 4 S. 2 gilt entsprechend. Nach Abs. 1 gewährte Aufwandsentschädigungen werden nebeneinander gezahlt, wenn sie auf mehreren Funktionen beruhen.

§ 8 Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Erwerbstätigen Personen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich entstandene und nachgewiesene entgangene Arbeitsverdienst ersetzt. Selbständigen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstaufschlag ersetzt. Der nach § 8 Abs. 1 zu zahlende Höchstbetrag darf 19,00 € je Stunde nicht übersteigen.
- (2) Erwerbstätigen Personen und Selbständigen, die die Höhe des Verdienstaufschlags nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird auf Antrag Verdienstaufschlag abweichend von § 8 Abs. 1 in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt. Die Verdienstaufschlagspauschale darf 16,00 € nicht überschreiten.
- (3) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird eine angemessene Pauschale in Form eines Stundensatzes gewährt. Diese Pauschale darf 16,00 € nicht übersteigen.
- (4) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wurde. Anstelle eines Ersatzes kann privaten Arbeitgebern das weitergewährte Arbeitsentgelt unmittelbar erstattet werden.

§ 9 Auslagenersatz

- (1) Notwendige bare Auslagen für die büromäßige Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte sowie die gelegentliche Inanspruchnahme privater Räume zu dienstlichen Zwecken sind mit der Aufwandsentschädigung abgegolten.
- (2) Die notwendigen Auslagen können frühestens im darauf folgenden Kalendermonat auf Antrag erstattet werden. Dem Antrag sind Belege beizufügen.

§ 10 Reisekostenvergütung

- (1) Ehrenamtlich Tätigen wird eine Reisekostenvergütung nach den für hauptamtliche Beamte des Landes geltenden Grundsätzen (Bundesreisekostengesetz) in der jeweils gültigen Fassung gewährt.
- (2) Aufwendungen für Dienstreisen am Dienst- und Wohnort sind mit der Zahlung von Aufwandsentschädigungen abgegolten.

§ 11 Einwohnerzahl

Die für die Höhe der Aufwandsentschädigung maßgebliche Einwohnerzahl richtet sich insbesondere nach der vom Statistischen Landesamt zum Stichtag ermittelten Einwohnerzahl. Für die ehrenamtlich Berufenen in den Ortschaften ist die Einwohnerzahl aus dem Melderegister maßgebend. Stichtag für die Bestimmung der zu berücksichtigenden Einwohnerzahl ist der 30.06. des dem Wahljahr vorangegangenen Jahres.

§ 12 Fälligkeit der Zahlungen

Soweit die Aufwandsentschädigung in Form einer monatlichen Pauschale gewährt wird, ist sie am ersten Tag des Monats im Voraus zu zahlen.

§ 13 Rundungsvorschriften

Beträge hinter dem Komma werden wie folgt gerundet:

- a) 0 bis 49 Cent sind auf volle EURO abzurunden
- b) 50 bis 99 Cent sind auf volle EURO aufzurunden.

§ 14 Steuerliche Behandlung

Der Erlass des Ministeriums der Finanzen über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Vertretungen gewährt werden (Erl. des MF vom 09.11.2010, MBl. LSA S. 638, geändert durch Erl. vom 16.10.2013, MBl. LSA S. 608), findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 15 Übergangsregelungen

Eine höhere Festsetzung einer monatlichen Pauschale gilt ab dem ersten Tag des Monats, in dem die Satzungsänderung in Kraft tritt. Eine niedrigere Festsetzung einer monatlichen Pauschale kann frühestens am ersten Tag des auf die Beschlussfassung über die Satzung folgenden Monats wirksam werden.

§ 16 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 17 In Kraft Treten

Die Satzung tritt zum 01.01.2020 in Kraft. Gleichzeitig treten die bisherigen Satzungen über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürger der Stadt Landsberg außer Kraft.

Bekanntmachung zur Satzung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürger der Stadt Landsberg

Der Stadtrat der Stadt Landsberg hat in seiner öffentlichen Sitzung am 28.11.2019 mit Beschluss-Nr. 201/11/19 die Neufassung der Satzung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürger der Stadt Landsberg beschlossen.

Die Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Landsberg, den 04.12.2019

A. Werner

Anja Werner
Bürgermeisterin



Landsberg, den 03.12.2019

Anja Werner
Bürgermeisterin

